

Menschenwürdige Arbeit auch für Arbeitsmigranten Katholische Organisationen bestärken die ILO im Einsatz für die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen

Bonn/Genf 5. Juni 2015 „In der heutigen Zeit globalisierter Wertschöpfungsketten und Handelswege und 25 Jahre nach der Verabschiedung der UN Wanderarbeiterkonvention werden die Rechte von Migranten und Migrantinnen weitgehend missachtet. Vor allem Zugänge zu gerechter Entlohnung und zu sozialer Sicherheit sowie deren Übertragbarkeit sind defizitär. Es ist die vorrangige Aufgabe von Regierungen hier die Weichen umzustellen“, so adressierte Hildegard Hagemann, Referentin für Entwicklungspolitik bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax die 104. Internationale Arbeitskonferenz, die vom 1. bis 13. Juni 2015 in Genf tagt. Jedes Jahr treffen sich dort 4000 Delegierte von mehr als 180 Staaten der Welt, um dreigliedrig, d.h. mit Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter/innen internationales Arbeitsrecht zu verhandeln. Besonderes Augenmerk müsse auf den Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und Wanderarbeiterinnen, sowohl bei transnationaler wie bei Binnenmigration, gelegt werden. Ein wichtiges Instrument, das die ILO in den nächsten Jahren besonders berücksichtigen müsse, sei die Arbeitsinspektion, die in vielen Ländern personell und finanziell unzureichend ausgestattet sei.

Armut könne nur überwunden werden, wenn die Menschen mit ihrer täglichen Arbeit genug Einkommen für ein menschenwürdiges Leben erwirtschaften, so erläuterte Hagemann den Bezug zur Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen. Die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen führe zu der Anerkennung der vielfältigen Tätigkeiten von Frauen, die eine Gesellschaft erhalten. Gesundheits- und Bildungseinrichtungen funktionierten nur mit gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften. Arbeitsleistungen zum Erhalt der Wohnbarkeit von Städten und dem Aufbau nachhaltiger Infrastruktur seien überlebenswichtig.

Katholische Organisationen, die sich am 2. Juni 2015 in Genf zu einem Workshop trafen, begrüßten deshalb vor allem auch die Verhandlungen zur Transformation informeller Wirtschaft in formelle Wirtschaft, die in der diesjährigen Arbeitskonferenz zu einer Empfehlung führen sollen. Sie erwarten, dass die ILO den Ländern, in denen Informelle Wirtschaft den Hauptanteil Arbeitender umfasst, Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlung anbietet. Dazu seien Allianzen mit Akteuren aus der informellen Wirtschaft und mit Akteuren internationaler Entwicklungszusammenarbeit hilfreich.

„Menschenwürdige Arbeit und ihre Dimensionen Rechte bei der Arbeit, Beschäftigung, Soziale Sicherung und Sozialer Dialog, tragen dazu bei, die Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten auszugleichen, friedliche und inklusive Gesellschaften aufzubauen und Partizipation, Partnerschaft und Demokratie zu stärken“, so Hagemann.

Für weitere Informationen: Dr Hildegard Hagemann, Mobile Nr: 0049-151-11338542

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Gertrud Casel
Tel: 0228 103 303
Ansprechpartnerin
Dr. Hildegard Hagemann
Tel: 0228 - 103 317